



Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

Policy Brief 2023 | 01

Inflation – diesmal ist es anders

Thieß Petersen

Zu einer Inflation kommt es, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern größer ist als das entsprechende Angebot. In den vergangenen Jahrzehnten resultierten die für eine Inflation notwendigen Nachfrageüberhänge in der Regel aus einem Anstieg der Güternachfrage. In der Coronapandemie und während des russischen Angriffs auf die Ukraine kommt es hingegen vor allem zu einer Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots. Die aktuelle Inflation hat also eine andere Ursache als die inflationären Prozesse der Vergangenheit. Gleiches ist für die kommenden Jahre zu erwarten. Das verlangt wirtschaftspolitische Reaktionen, die über die Geldpolitik hinausgehen.

Inflation und Inflationsursachen

Von einer Inflation wird gesprochen, wenn die Preise für Konsumgüter auf breiter Front steigen und das gesamtwirtschaftliche Preisniveau somit zunimmt. Zu einem Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus kommt es, wenn die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage größer ist als das Güterangebot.

Falls eine höhere gesamtwirtschaftliche Güternachfrage Ursache eines Anstiegs des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus ist, liegt eine nachfragegetriebene Inflation vor. Sofern der gesamtwirtschaftliche Nachfrageüberhang jedoch aus einer Angebotsreduktion resultiert, handelt es sich um eine angebotsgetriebene Inflation.

Auch wenn es in beiden Fällen zu einem Preisniveauanstieg kommt, unterscheiden sich diese Inflationsarten hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Höhe der Produktion und der Beschäftigung. Der Unterschied lässt sich mithilfe von Preisniveau-Mengen-Diagrammen verdeutlichen. In diesen sind die angebotene und die nachgefragte Gütermenge in Abhängigkeit vom gesamtwirtschaftlichen Preisniveau abgebildet.

Wenn es zu einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage kommt, bedeutet dies, dass die Güterangebotsgerade nach rechts verschoben wird. Es ergibt sich ein neues Gleichgewicht mit einem höheren Preisniveau und einer größeren Menge an produzierten und nachge-

fragten Gütern (siehe Abb. 1). Im Normalfall geht eine größere Güterproduktion mit einem höheren Beschäftigungsniveau einher.

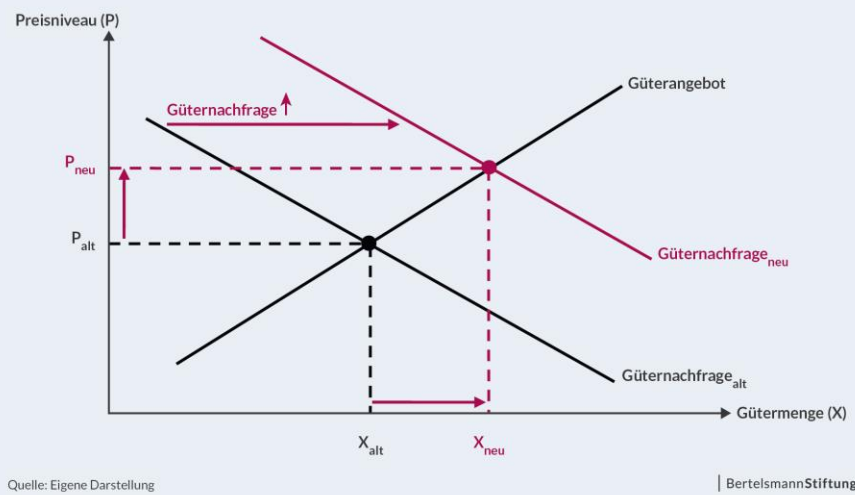
Zu einer Reduzierung des Güterangebots kommt es u. a., wenn die Unternehmen im Inland ihre Produktion einschränken, weil ihnen wichtige Vorleistungen oder Arbeitskräfte fehlen. Auch steigende Produktionskosten führen zu einem geringeren Güterangebot. Wenn die Produktionskosten der Unternehmen steigen, wird es für sie weniger attraktiv, ihre Produkte bei einem unveränderten Marktpreis anzubieten. Sie reduzieren daher ihr Güterangebot.

Eine angebotsgetriebene Inflation ist so gesehen problematischer, weil sie mit einer Verringerung von Produktion und Beschäftigung einhergeht. Und es ergibt sich eine weitere Herausforderung: Während sich eine nachfragegetriebene Inflation durch geldpolitische Maßnahmen bekämpfen lässt, sind bei einer angebotsgetriebenen Inflation zusätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich. Ansonsten käme es zu weiteren Rückgängen bei Produktion, Beschäftigung und Einkommen.

Inflationsbekämpfung durch die Geldpolitik

Die Zentralbank hat in einer Volkswirtschaft die Aufgabe, für Preisniveaustabilität zu sorgen. Dieses Ziel gilt für die Europäische Zentralbank als erfüllt, wenn die Inflationsrate zwei Prozent beträgt. Auch in den USA, in Japan, im Vereinigten Königreich und in Schweden betragen die Inflationsziele zwei Prozent (vgl. KfW 2020: 2).

Abbildung 1: Nachfragegetriebene Inflation



Im Preisniveau-Mengen-Diagramm wird so die gesamtwirtschaftliche Güterangebotsgerade nach links verschoben. Alternativ bedeuten höhere Produktionskosten, dass die Unternehmen eine bestimmte Gütermenge nur zu einem höheren Preis anbieten. In diesem Fall wird die Güterangebotsgerade nach oben verschoben, was jedoch zum gleichen Ergebnis führt wie eine Linksverschiebung der Geraden (siehe Abb. 2).

Auch bei einer angebotsgetriebenen Inflation kommt es zu einem Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus. Angebotene und nachgefragte Gütermenge gehen jedoch zurück. Das bedeutet einen Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Produktionsniveaus und der Beschäftigung.

Die wichtigste geldpolitische Maßnahme zur Inflationsbekämpfung ist eine Verringerung der Geldmenge, die der Volkswirtschaft zur Verfügung steht. Eine solche Politik wird als restriktive Geldpolitik bezeichnet. Wenn die Geldmenge in einer Volkswirtschaft zurückgeht, sinkt das Kreditangebot der Geschäftsbanken. Die Folge ist ein Anstieg des Zinses. Alternativ kann die Zentralbank ihren Leitzins erhöhen und damit einen gesamtwirtschaftlichen Zinsanstieg hervorrufen.

Ein Zinsanstieg hat eine Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage zur Folge. Höhere Zinsen bedeuten, dass sich unternehmerische Investitionsprojekte mit einer geringen Rendite nicht mehr lohnen. Eine Investition mit einer erwarteten Rendite von 3,5 Prozent ist bei

einem gesamtwirtschaftlichen Zinssatz von 2,5 Prozent lohnend. Wenn das Zinsniveau jedoch auf 4,5 Prozent steigt, ist diese Investition betriebswirtschaftlich nicht mehr sinnvoll. Ein höheres Zinsniveau bewirkt also einen Rückgang der Investitionsgüternachfrage.

Höhere Zinsen erhöhen zudem die Kosten eines Kredits für private Haushalte. Daher lassen kreditfinanzierte Konsumgüterkäufe nach. Gleichzeitig macht ein höherer Zins das Sparen attraktiver. Wenn die privaten Haushalte deshalb ihre Ersparnisbildung erhöhen, verringern sie ihre Konsumgüternachfrage.

Ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage hat zur Folge, dass der Nachfrageüberhang, der für einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus verantwortlich ist, reduziert wird. Damit geht auch die Inflation zurück.

Eine restriktive Geldpolitik ist geeignet, eine nachfragegetriebene Inflation zu bekämpfen. Grund ist, dass die Ursache dieser Inflation – ein zu starker Anstieg der Güternachfrage – durch einen Zinsanstieg direkt adressiert wird. Bei einer angebotsgetriebenen Inflation ist eine restriktive Geldpolitik hingegen weniger erfolgreich, weil sie den Grund des gesamtwirtschaftlichen Nachfrageüberhangs – den Rückgang des Güterangebots – nicht beseitigt. Falls diese Form der Inflation ausschließlich durch die Geldpolitik bekämpft wird, bedeutet dies in Abbildung 2 eine

Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Güternachfragegeraden nach links. Diese Verschiebung müsste so groß sein, bis es zu einem Schnittpunkt mit der neuen Güterangebotsgeraden auf Höhe des alten Preisniveaus kommt. Die Folge wäre eine weitere Verringerung von Produktion und damit auch Beschäftigung.

Die skizzierten Grenzen einer restriktiven Geldpolitik zur Reduzierung einer angebotsinduzierten Preisniveausteigerung bedeuten jedoch nicht, dass die Zentralbank überhaupt nicht reagieren sollte. Eine Zinssteigerung hat auch im Fall eines zu geringen Güterangebots zwei inflationsdämpfende Effekte.

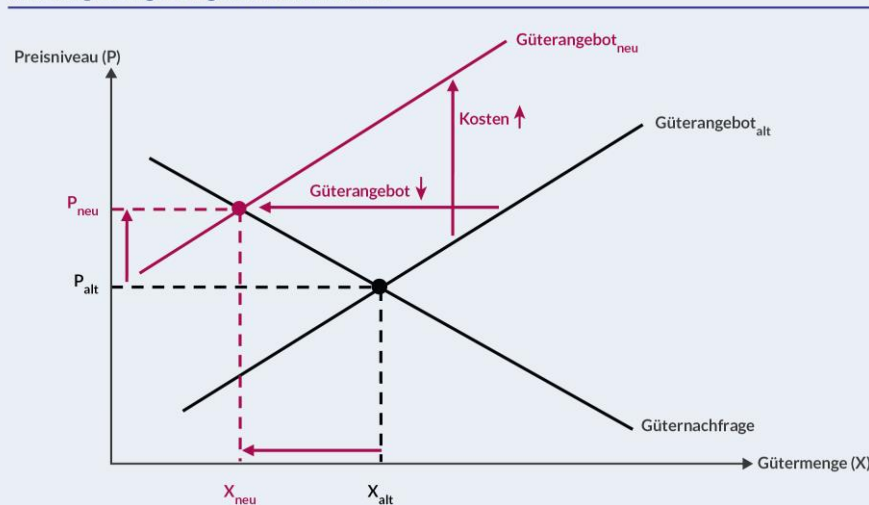
Zum einen macht eine Zinserhöhung es für ausländische Anleger:innen attraktiver, ihr Geld im Inland anzulegen. Damit steigt die Nachfrage nach inländischen Wertpapieren. Mit ihr wird auch die Nachfrage nach der inländischen Währung größer, denn wenn ausländische Anleger:innen diese Wertpapiere erwerben wollen, benötigen sie dafür die Währung des Inlands.

Falls also die Europäische Zentralbank ihren Zinssatz zur Inflationsbekämpfung erhöht, steigt die Nachfrage nach europäischen Wertpapieren und damit auch nach dem Euro. Daraus resultiert eine Aufwertung des Euro. Sie hat zwei inflationsdämpfende Effekte:

- Eine Aufwertung des Euro verteuert europäische Produkte im Ausland. Wenn

der Euro gegenüber dem Dollar aufgewertet wird, werden Produkte aus Europa – gemessen in Dollar – in den USA teurer. Die Amerikaner:innen fragen daher weniger europäische Güter nach. Für Europa bedeutet das einen Rückgang der Exporte. Dieser verringert die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage und wirkt somit inflationsdämpfend.

Abbildung 2: Angebotsgetriebene Inflation



Quelle: Eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

- Das Pendant einer Euroaufwertung ist eine Abwertung des Dollar. Damit werden amerikanische Produkte für europäische Nachfrager:innen – ausgedrückt in Euro – preiswerter. Der Import billigerer Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland senkt die Verbraucherpreise in Europa und wirkt dadurch inflationsdämpfend. Gleichzeitig geht die Nachfrage nach in Europa produzierten Gütern zurück, weil diese durch preiswertere Produkte aus dem Ausland substituiert werden. Zudem erhöhen Importe die in Europa zur Verfügung stehende Gütermenge. Der damit verbundene Angebotsüberschuss wirkt ebenfalls preisniveaureduzierend.

Zum anderen kann die Zentralbank durch eine Leitzinserhöhung die Inflationserwartung der Wirtschaftsakteur:innen stabilisieren. Wenn die Zentralbank einer Volkswirtschaft sich zu diesem Schritt entscheidet, signalisiert sie damit ihre Entschlossenheit, ihr angestrebtes Inflationsziel zu erreichen. Das kann die Inflationserwartungen der Wirtschaftsakteur:innen dahin gehend beeinflussen, dass diese selbst bei aktuell hohen Inflationsraten für die Zukunft nur mit Steigerungen des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus rechnen, die dem Inflationsziel der Zentralbank entsprechen.

Diese Erwartungshaltung kann wiederum zur Folge haben, dass als Reaktion auf eine aktuell hohe Inflationsrate keine zu hohen Nominallohnforderungen gestellt werden. Dadurch lässt sich eine Lohn-Preis-Spirale verhindern (vgl. Illing 2022: 433). Die durch eine Leitzinserhöhung der Zentralbank hervorgerufene Stabilisierung der Inflationserwartungen der inländischen Wirtschaftsakteur:innen verhindert zudem, dass diese Güterkäufe vorziehen. Das vermeidet einen Anstieg der Güternachfrage, der inflationserhöhend wirken würde.

Im Ergebnis bleibt es dennoch dabei, dass eine restriktive Geldpolitik alleine nicht in der Lage ist, eine angebotsgetriebene Inflation zu bekämpfen.

Maßnahmen zur Bekämpfung einer angebotsbetriebenen Inflation

Wenn ein Angebotsrückgang die Ursache für einen Preisniveaustieg im Inland ist, sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Erhöhung des Güterangebots anstreben. Dies lässt sich durch einen Ausbau der Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft erreichen. Dafür ist es erforderlich, die Quantität und/oder die Qualität der Produktionsfaktoren zu erhöhen.

Hierzu bietet sich ein breites Spektrum wirtschaftspolitischer Instrumente an: eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch bildungspolitische Maßnahmen, eine Intensivierung der Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung, um so neue Produktionsverfahren und Technologien zu entwickeln, eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland, Änderungen im Steuerrecht zur Steigerung der unternehmerischen Investitionen und die Förderung der Gründungsdynamik, um nur einige zu nennen. Ihren angebotserhöhenden Effekt entfalten derartige Maßnahmen jedoch erst mit einer zeitlichen Verzögerung.

Eine unmittelbare Ausweitung des Güterangebots im Inland ergibt sich aus einer Steigerung der Importe. Um dies zu erreichen, bietet es sich an, Importzölle und andere handelsbeschränkende Maßnahmen abzubauen.

Darüber hinaus lässt sich ein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageüberhang durch eine Reduzierung der Konsumgüternachfrage erreichen. Dies betrifft auch die staatliche Güternachfrage. Allerdings zieht eine geringere Güternachfrage dann auch Produktions- und Beschäftigungseinbußen nach sich. Sinnvoller sind daher Nachfragereduzierungen, die nicht unmittelbar zu Produktionsrückgängen führen. Im Fall von Deutschland wäre dies vor allem bei Rohstoffen der Fall, weil diese primär importiert werden. Dafür bieten sich beispielsweise Maßnahmen an, die die Energie- und Ressourcenproduktivität erhöhen und somit den Bedarf an Rohstoffen verringern.

Eine geringere Ressourcennachfrage lässt sich nicht nur durch technologische Innovationen erreichen, sondern auch durch veränderte Produktionskonzepte. Ein Beispiel dafür ist die zirkuläre Wirtschaft (Circular Economy). Bei diesem Wirtschaftskonzept verbleiben die Stoffe, die mit der Herstellung eines Produkts verbunden sind, möglichst lange im Stoffkreislauf. Zentrale Elemente der zirkulären Ökonomie sind „die Wiederverwendung und Weiterverwendung von Waren, das Recycling von Materialien und Stoffen sowie eine Gestaltung der Waren, die eine Kreislaufführung ohne Verluste in der Qualität ermöglicht“ (Hiebeler et al. 2017: 7).

Zudem kann der Staat die Exportnachfrage dämpfen, indem er den Export erschwert. Ein besonders hartes Instrument sind Exportbeschränkungen bzw. Exportverbote. Zu diesen Instrumenten griffen zahlreiche Regierungen in der Coronapandemie. Um Versorgungsengpässe im eigenen Land zu verhindern, führten sie Exportbeschränkungen für lebenswichtige Medikamente, Beatmungsgeräte, persönliche Schutzausrüstung und Nahrungsmittel ein (vgl. Draper 2020: 14). Dadurch lassen sich Angebotsverknappungen im Inland, die zu Preissteigerungen führen, verhindern. Allerdings stellt dies einen erheblichen Eingriff in den grenzüberschreitenden Handel dar, der zu protektionistischen Antworten im Ausland führen kann.

Problematisch ist bei der Bekämpfung einer angebotsgetriebenen Inflation, dass die meisten der skizzierten Maßnahmen erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirken. Solange die Inflation noch besteht, kann eine sozialpolitische Flankierung der Inflation erforderlich werden.

Sozialpolitische Flankierung einer Inflation

Eine Preisniveauerhöhung trifft zwar alle Preise einer Volkswirtschaft und damit auch alle Wirtschaftsakteur:innen. Allerdings fällt die individuelle Betroffenheit der Kaufkraftverluste, die mit steigenden Preisen verbunden sind, bei einzelnen Wirtschaftsakteur:innen unterschiedlich aus. Dies gilt insbesondere für die privaten Haushalte.

Dabei sind vor allem zwei Unterschiede zu berücksichtigen: die Betroffenheit von steigenden Preisen und die Möglichkeiten, auf steigende Preise zu reagieren.

Die unterschiedliche Betroffenheit von höheren Preisen ist darauf zurückzuführen, dass ärmere Haushalte andere Konsumgewohnheiten haben als Haushalte mit einem hohen verfügbaren Einkommen. Bei den Haushalten mit einem geringen Einkommen ist der Anteil der Ausgaben für Mieten, Energie und Nahrungsmittel höher als bei einkommensreichen Haushalten. Steigende Preise für diese drei Konsumgüterarten treffen die ärmeren Haushalte daher stärker. Die haushaltsspezifischen Inflationsraten sind deshalb bei den ärmeren Haushalten höher als bei einkommensreichen Haushalten (vgl. Weichenrieder und Güter 2020: 836).

Auch die Möglichkeiten zum Umgang mit höheren Preisen unterscheiden sich entlang der Einkommenshöhe. Einkommensreiche Haushalte geben nicht ihr gesamtes verfügbares Einkommen für Konsumgüter aus und haben deshalb finanzielle Puffer. Bei steigenden Preisen können sie ihre Ersparnisbildung einschränken, um so das Konsumniveau zu halten. Darüber hinaus haben diese Haushalte in der Regel auch in der Vergangenheit Ersparnisse gebildet. Diese können sie im Fall einer Inflation auflösen und für den Kauf von Konsumgütern verwenden. Einkommensarme Haushalte müssen hingegen ihr gesamtes verfügbares Einkommen für den Kauf von Konsumgütern ausgeben. Sie haben daher weder finanzielle Spielräume, mit denen sie höhere Preise abfedern können, noch Ersparnisse, die sie für den Kauf von Gütern verwenden können.

Angesichts der unterschiedlichen Auswirkungen von hohen Inflationsraten auf ärmere und einkommensreiche Haushalte ist eine sozialpolitische Flankierung steigender Konsumgüterpreise erforderlich, weil sonst soziale Spannungen drohen, die zu politischen Polarisierungen führen können.

Wie genau diese Flankierung aussieht, d. h. welche Personengruppen finanzielle Entlastungen

erhalten sollen und welche nicht, ist eine gesellschaftspolitische Entscheidung, die sich mit rein wirtschaftswissenschaftlichen Argumenten und Analysen nicht treffen lässt. Drei grundsätzliche Tendenzaussagen sind jedoch möglich.

Erstens sind nicht sämtliche Preisniveausteigerungen Anlass für finanzielle Kompensationen. Zumindest bei Inflationsraten, die nahe an dem Inflationsziel der Zentralbank liegen, ist eine sozialpolitische Flankierung nicht erforderlich. Anders sieht es aus, wenn es beispielsweise wegen sehr stark oder sogar sprunghaft steigender Energiepreise zu einem Anstieg der Inflation kommt – wie es seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Frühjahr 2022 in Deutschland und Europa passiert. In diesem Fall kann es zu Energiearmut kommen. Sie liegt vor, wenn eine Wohnung nicht mehr angemessen geheizt werden kann, wenn nicht genügend Strom für alle elektrischen Geräte vorhanden ist und die Mobilitätsbedürfnisse nicht bedient werden können.

Zweitens sollten finanzielle Transferzahlungen und steuerliche Entlastungen möglichst bedarfsgerecht sein. Organisatorisch ist es einfacher, mit pauschalen Entlastungen zu arbeiten, also z. B. jeder Bürgerin und jedem Bürger eine Ausgleichszahlung in Höhe von 500,- Euro pro Jahr zu zahlen oder die Mehrwertsteuer von 19 auf sieben Prozent zu reduzieren. Allerdings entlastet das auch einkommensreiche Haushalte, die Preisniveauserhöhungen ohne staatliche Unterstützung verkraften können. Ein sparsamer Umgang mit staatlichen Mitteln spricht dafür, tatsächlich nur die Haushalte zu entlasten, die auf solche Mittel angewiesen sind. Das bedeutet jedoch einen höheren Verwaltungsaufwand, der für eine individuelle Bedarfsprüfung erforderlich ist.

Drittens sollte die konkrete Ausgestaltung von finanziellen Entlastungen so sein, dass es immer noch genügend hohe finanzielle Anreize für ein sparsames Ausgabeverhalten gibt. Dies ist notwendig, weil die Ursache von hohen Inflationsraten ein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageüberhang ist. Ihn gilt es abzubauen – insbesondere bei einer angebotsgetriebenen Inflation. Gerade

bei einer lang anhaltenden Angebotsverknappung lässt sich die Inflation nur bekämpfen, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt.

Ausblick und Schlussfolgerungen

In den letzten Jahrzehnten war die Weltwirtschaft geprägt von wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen: Der Abbau von Handelshemmnissen und die daraus resultierende voranschreitende Globalisierung riefen wachstumsfördernde Spezialisierungsgewinne hervor. Die Weltbevölkerung zeichnete sich durch einen hohen und wachsenden Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung aus, was zu einem hohen Arbeitskräfteangebot führte. Und natürliche Ressourcen standen preiswert zur Verfügung.

Das alles hatte zur Folge, dass das gesamtwirtschaftliche Güterangebot stärker wuchs als die entsprechende Nachfrage – zumindest in den entwickelten Volkswirtschaften. Bei wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen kommt es zu einem Wirtschaftswachstum mit geringeren Inflationsraten oder sogar zu einem Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus.

Wenn es in den letzten drei Jahrzehnten zu inflationären Tendenzen kam, waren diese primär das Resultat einer vorherigen expansiven Geld- und Fiskalpolitik, mit der die Zentralbanken und die Regierungen auf wirtschaftliche Schwächephasen reagierten. Die mit einer expansiven Geldpolitik einhergehenden niedrigen Zinsen kurbeln die Investitionstätigkeiten der Unternehmen und die kreditfinanzierten Konsumgüterkäufe der privaten Haushalte an. Es handelt sich also um eine nachfragegetriebene Inflation, die sich mit einer restriktiven Geldpolitik relativ gut bekämpfen lässt.

Perspektivisch ist jedoch davon auszugehen, dass die weltweiten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wachstumsdämpfend werden und das gesamtwirtschaftliche Güterangebot schwächer wächst als die Güternachfrage. Die Zunahme protektionistischer Maßnahmen und die Einpreisung der negativen externen Effekte des Klima-

wandels rufen Deglobalisierungstendenzen hervor. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter geht zurück – nicht nur in Europa und entwickelten Industrienationen, sondern weltweit –, was zu einem Arbeitskräftemangel führt. Natürliche Ressourcen werden zunehmend knapper und teurer – auch weil immer mehr Volkswirtschaften die gesellschaftlichen Zusatzkosten des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen einpreisen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2022).

Zukünftig werden deshalb primär Angebotsverknappungen für steigende Preise und höhere Inflationsraten sorgen. Bei einer angebotsgetriebenen Inflation ist die Wirksamkeit einer restriktiven Geldpolitik jedoch begrenzt. Höhere Zinsen können zwar die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage dämpfen, sie sind jedoch nicht in der Lage, die eigentliche Inflationsursache – ein zu geringes Güterangebot – zu beseitigen.

Um zu starke Preisniveaustiege zu vermeiden, müssen also zusätzlich zur Geldpolitik der Zentralbanken weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden. Hier gibt es im Kern drei Ansatzpunkte:

An erster Stelle sind wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots zu nennen. Dabei sind jedoch die planetaren Grenzen zu berücksichtigen, d. h., die Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots muss im Rahmen eines grünen, also klimaneutralen Wirtschaftswachstums erfolgen.

Zur Reduzierung eines preisniveauerhöhenden Nachfrageüberhangs bieten sich zweitens Maßnahmen zur Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage an. Ein Konsumverzicht ist dabei nicht zwingend erforderlich. Denkbar sind Maßnahmen, die die mengenmäßige Nachfrage nach Gütern verringern, ohne dass es dabei zu einem geringeren Konsumniveau kommt. Zu denken ist dabei vor allem an einen gemeinsamen Gebrauch von physischen Produkten, z. B. im Rahmen eines Carsharings. So lässt sich die Nachfrage nach Pkws verringern, ohne dass die Fahrleistungen eingeschränkt werden müssen.

Wenn es trotz dieser Anstrengungen zu Nachfrageüberhängen kommt, die die Preise für lebenswichtige Produkte spürbar steigen lassen, sind als dritter Punkt flankierende sozialpolitische Maßnahmen erforderlich. Das betrifft zum einen Transferzahlungen an einkommensschwache private Haushalte, für die steigende Konsumgüterpreise eine so große Belastung darstellen, dass sie sich nicht mehr alle lebensnotwendigen Güter leisten können – also vor allem Strom, eine ausreichende Menge an Lebensmitteln und eine hinreichend große Wohnung.

Zum anderen geht es um die Unternehmen und die bei ihnen beschäftigten Personen, die bei hohen Produktionskosten nicht mehr wettbewerbsfähig sind und ihre Produktion einschränken oder sogar einstellen müssen. Hier ist allen voran die Arbeitsmarktpolitik gefordert, mit Qualifikationsmaßnahmen und Mobilitätshilfen diejenigen zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, damit sie an anderen Stellen eingesetzt werden können und damit auch dem demografisch bedingten Arbeitskräftemangel entgegenwirken.

Die Inflationsbekämpfung wird damit zu einer Aufgabe für die gesamte Wirtschaftspolitik und nicht mehr nur ein Thema, für das die Zentralbanken verantwortlich sind. Das verlangt eine stärkere Koordinierung zwischen allen wirtschaftspolitischen Akteur:innen. Die klassische wirtschaftspolitische Arbeitsteilung, nach der ausschließlich die Zentralbank eines Landes für die Preisniveaustabilität verantwortlich ist, dürfte in Zukunft immer weniger anwendbar sein.

Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2022). *Die Rückkehr der Knappheit – Wie globale Demografie, Deglobalisierung und Dekarbonisierung Verteilungskonflikte verschärfen. Megatrend-Report #04*. Gütersloh 2022.

Draper, P. (2020). *Globale Handelskooperation nach COVID-19 und die Zukunft der WTO*. Hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn.

Hiebel, M., J. Bertling, J. Nühlen, H. Pflaum, A. Somborn-Schulz, M. Franke, K. Reh und S. Kroop (2017). *Studie zur Circular Economy im Hinblick auf die chemische Industrie*. Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT (Hrsg.). Studie im Auftrag des Verbands der Chemischen Industrie e. V., Landesverband NRW. Oberhausen.

Illing, G. (2022). „Inflationsgefahr im Euroraum – wie gelingt eine sanfte Landung?“. *Wirtschaftsdienst* (102). 430–433.

KfW (2020). „EZB-Inflationsziel: Flexibel in die Zukunft“. *KfW Research – Fokus Volkswirtschaft Nr. 297*. Frankfurt am Main.

Petersen, T. (2023). *Grundwissen Inflation – Ökonomie, Gesellschaft, Klimawandel*. München (im Erscheinen).

Weichenrieder, A., und E. Gürer (2020). „Inflation, Inflationsmessung und Zentralbankpolitik“. *Wirtschaftsdienst* (100). 834–838.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Armando Garcia Schmidt
Telefon: +49 5241 81-81543
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: © © photoschmidt - stock.adobe.com

Autor | Kontakt

Dr. Thieß Petersen
Senior Advisor
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de
Telefon: +49 5241 81 81218

ISSN: 2751-7373